

WIDERSPRÜCHLICHES

Eingaben und Vorgaben in ostdeutschen Alltagswelten

„Beide, Landesgeschichte wie Volkskunde und Europäische Ethnologie, sind immer Gegenwartswissenschaften. Sie sind getragen von Neugierde wie der Einsicht, wie wir das Gestern zum Leben im Heute brauchen, um uns zu verstehen.“¹

Anknüpfungspunkte an das umfangreiche wissenschaftliche Werk von Konrad Köstlin zu finden, ist einfach und schwierig zugleich – hat er doch ein ausgesprochen weites Feld abgesteckt. Daher bilden seine Arbeiten und Gedankengebäude für alle in dieser Sektion versammelten Beiträge entweder den inhaltlich-thematischen Rahmen oder theoretische Bezugspunkte; sie sind Inspiration für Neuperspektivierungen.

Konrad Köstlin ist einer der wenigen Fachvertreter, der sich bereits unmittelbar nach 1989/90 mit Aspekten der Volkskunde in der DDR² auseinandersetzte und der aktuelle Prozesse von Annäherungen wie auch die Anerkennung von Distanzierungen thematisierte: „Nun kommen zwei Wissenschaften zueinander, die sich zwar als historisch entstandene, systembezogene, weltanschauliche Varianten einer Disziplin verstanden hatten, aber eigentlich doch auch beieinander gewesen waren. Vor dem Hintergrund dieser Prämisse kamen sie miteinander aus. Stellt man nun erstaunt fest, daß man sich fremder ist, als man dachte? Oder stellt man sich fremder, als man ist?“³

Die eigene Positionierung wird in diesem Zusammenhang kritisch reflektiert: „Und was hat man nicht alles mitgemacht: Wenn man Dienstpost an den in Rostock arbeitenden Ulrich Bentzien oder den die Dresdner Außenstelle des WB Volkskunde/Kulturgeschichte leitenden Rudolf Weinhold über Berlin zu schicken hatte, und wenn die erwartete Antwort, nach langen Wochen, und wiederum über Berlin, schließlich auf

1 Konrad Köstlin, *Volkskunde und Landesgeschichte. Erinnerungen an eine Wahlverwandtschaft*; in: Heidrun Alzheimer/Michael Imhof/Ulrich Wirz (Hg.), *Religion – Kultur – Geschichte. Beiträge zur historischen Kulturforschung vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, Petersberg 2014, S. 804-815, hier S. 814.

2 Aus den sowohl wissenschaftsgeschichtlichen als auch alltagskulturellen Schwerpunkten seien angeführt: Konrad Köstlin, Wolfgang Steinitz als Protagonist der DDR-Volkskunde, in: Eckhard John (Hg.), *Die Entdeckung des sozialkritischen Liedes. Zum 100. Geburtstag von Wolfgang Steinitz (Volksliedstudien, Bd. 7)*, Münster u.a. 2006, S. 25-38, sowie ders., *Eheschließung und Jugendweihe in der DDR. Angeeignete Feste*, in: *Beiträge zur Sprachwissenschaft* 5 (1991), S. 143-156.

3 Konrad Köstlin, *DDR-Volkskunde: die Entdeckung einer fernen Welt*, in: *Zeitschrift für Volkskunde* 87 (1991), S. 225-243, hier S. 228.

dem Tisch lag. Was konnte das für eine Antwort sein, die man da bekommen hatte? Wem eigentlich schrieb man, wem der Korrespondent? Schrieb man nicht statt dem Empfänger dem Leser in einer Berliner Zentrale? Da war dann schon die Hergabe einer Privatanschrift (bitte nicht mit dienstlichem Absender schreiben), da waren Kontakte, als Privatbrief getarnt, eine Erleichterung, aber auch, wie man fürchtete, für die anderen ein Westkontakt-Risiko (weswegen man die mit der Hand oder einer alten Maschine getätigte Beschriftung des Couverts listig immer noch mal überprüfte). Haben wir uns verbiegen lassen?“⁴

Auch den Mythos der positiv bewerteten Rückständigkeit nimmt Konrad Köstlin auf: „Die Metaphorik der Langsamkeit und Ruhe, der Menschlichkeit, der Nestwärme und Nähe steigt im Kurs. Nun kann man mit solchen scheinbaren Anachronismen auf verschiedene Weise umgehen: Das Muster, eine Rückständigkeit als eigentliche Fortschrittlichkeit zu (v)erklären, hat Hans-Magnus Enzensberger am Beispiel Norwegens exekutiert. Folgte man ihm, dann hinkte die DDR der Zeit hinterher und wäre ihr doch ungleich voraus. Das Altmodische als vorwärtsweisend zu beschreiben, ist eine der klassischen, trostreichen Denkfiguren der Volkskunde.“⁵

Neben Forschungsthemen und Konzepten nahm Konrad Köstlin auch Atmosphären in den Blick, sowohl infolge der Akademiereform 1968, als auch nach der Friedlichen Revolution 1989/90. Reflektiert wurden darüber hinaus Interaktionen zwischen den in der Akademie vertretenen Disziplinen Volkskunde und Geschichte, die Bedeutung von Hierarchien und Geschlechterverhältnissen im wissenschaftlichen Kontext. Aber auch ganz arbeitspraktische Bezüge aus dem wissenschaftlichen Alltag wie die „Verwestlichung“ von Arbeitszeiten (d. h. ein späterer Dienstbeginn) oder die Nutzung von Schreibtischen. Denn diese wurden auch zehn Jahre nach der Wende in den Instituten angeblich nicht oder nur wenig genutzt, da die meisten Angestellten zu DDR-Zeiten wegen unzumutbarer Arbeitsbedingungen zuhause arbeiten mussten – eine Praxis, die offenbar fortgeführt wurde. Obwohl die Institute dem Kollegium mittlerweile großzügige Arbeitsmöglichkeiten bieten konnten, wurden die Büros offenbar nur sparsam genutzt. Das zumindest hat sich geändert – hier hat uns die Vergangenheit inzwischen eingeholt, denn die räumliche Enge am ISGV zwingt die Kolleg*innen heute wieder dazu, konzentriertes Arbeiten sowie Phasen kreativen Nachdenkens und Schreibens in Bibliotheken und an heimische Schreibtische zu verlagern.

Zu einem weiteren Phänomen der Alltagsgeschichte – dem Leben in der Platte – äußerte sich Konrad Köstlin ebenfalls bereits im Jahr 1999. Der Beitrag trägt den aussagekräftigen Titel „50 Jahre DDR – runderneuerte Geschichten vom Alltag“.⁶ In diesem Kontext konstatiert er auch die Neigung unseres Faches zu Forschungen über Jubiläen und Gedenkkulturen, zudem das Bedürfnis nach Skalierung, nach der in Stufen geordneten Erinnerung und ihren Markierungen. Offenbar orientiert sich das historische Gedächtnis

4 Ebd., S. 230.

5 Ebd., S. 228.

6 Konrad Köstlin, 50 Jahre DDR. Runderneuerte Geschichten vom Alltag, in: Leben in der Platte. Alltagskultur der DDR der 70er und 80er Jahre (Kataloge des Österreichischen Museums für Volkskunde, Bd. 73), Wien 1999, S. 19-36.

vorzugsweise an Dekaden, wie sich auch an Alltagspraktiken (wie runden Geburtstagen und Firmenjubiläen) immer wieder zeigt. Auch an unserer Arbeit lässt sich diese Praxis ablesen, denn der Bereich Volkskunde / Kulturanthropologie beschäftigt sich seit zwei Jahren – also rund 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution – mit dem Thema Umbrucherfahrungen: mit dem gesellschaftlichen und biografischen Wandel nach 1989. Denn die „Friedliche Revolution“ und die Vereinigung der beiden deutschen Staaten bedeuteten einen tiefen historischen Einschnitt, dessen Folgen bis heute nachwirken. Neben den Veränderungen in Politik, Wirtschaft und Recht stellte das Ende der realsozialistischen Gesellschaft eine prägende Erfahrung für viele Menschen dar. Mit dem Verlust der Alltagswelt der DDR ging die Umstellung auf neue Anforderungen, Freiheiten und Zwänge einher, die entweder als Chance, als Niederlage oder als Notwendigkeit bewältigt wurden. Ein erstes Arbeitsergebnis zu diesem Komplex bildet eine gemeinsame Publikation des Bereichs, die im Jahr 2019 erschien.⁷ Das Buch nimmt bislang kaum bekannte Facetten der Zeit nach 1989/90 in den Blick und beleuchtet die damit verbundenen Erfahrungen und Interpretationen. Thematisiert werden individuelle und kollektive Transformationserfahrungen ebenso wie die institutionellen Veränderungen und Wandlungen der Erinnerungskultur. So entsteht das Bild eines Umbruchsprozesses, dessen Widersprüchlichkeit der Vorstellung einer geradlinigen Umgestaltung entgegensteht.

Eine Fortführung dieses thematischen Schwerpunktes bildete die interdisziplinäre und internationale Konferenz „Ambivalente Transformationen. ‚1989‘ zwischen Erfolgserzählung und Krisenerfahrung“, die das ISGV im November 2019 in Kooperation mit dem Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung sowie dem Zentrum für Integrationsstudien (beide Dresden) durchführte. Bei dieser Veranstaltung wurde der Umbruch von 1989 ff. mitsamt den Folgeerscheinungen des Transformationsprozesses in Deutschland und seinen ostmitteleuropäischen Nachbarländern diskutiert, unter Berücksichtigung der gleichzeitigen Ko-Transformation des Westens. Im Fokus standen die Pluralität und Heterogenität von Erwartungen, Erfahrungen und Erinnerungen – von 1989 bis in die Gegenwart. Der kulturanthropologische und sozialhistorische Zugang mit seiner Betonung von Alltag und subjektiven Deutungs- wie Erschließungshorizonten ermöglichte ein Nachspüren in feinste Verästelungen einstiger und zeitgenössischer Wahrnehmungen, Praktiken und Handlungsspielräume sowohl auf der Mikro- wie auf der Makroebene. Damit war der Raum für alternative Narrative, Erweiterungen und Differenzierungen der „Erfolgsgeschichte“ von 1989 geöffnet und ermöglichte Einblicke in die tiefgreifenden mentalen und emotionalen Vermächtnisse der Transformation.

Ein weiteres Ergebnis dieses Projektes ist die Etablierung eines Forschungsnetzwerkes: Vier Institute haben sich im Februar 2020 zu dem Projektverbund „Multiple Transformationen. Gesellschaftliche Erfahrung und kultureller Wandel in Ostdeutschland und Ostmitteleuropa vor und nach 1989“ zusammengeschlossen.⁸ Beteiligt sind außer dem ISGV das Sorbische Institut in Bautzen, das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an

7 Ira Spieker (Hg.), *Umbrüche. Erfahrung gesellschaftlichen Wandels nach 1989* (Spurensuche. Geschichte und Kultur Sachsens, Bd. 8), Dresden 2019.

8 Das Vorhaben wird gefördert vom Sächsischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Tourismus.

der TU Dresden sowie das Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa in Leipzig. Auf der Grundlage einer heterogenen und breiten Methoden- und Quellenbasis sollen interdisziplinäre Perspektiven auf Transformationstheorien ermöglicht und Synergieeffekte erzeugt werden. Das ISGV-Projekt mit dem Titel „Soziales Erbe. Postsozialistische Vereinigungen ehemaliger DDR-Betriebskollektive zwischen Traditionalisierung und neuer Vergemeinschaftung“ untersucht die Folgen von Abwicklung, Auflösung und Privatisierung sozialistischer Betriebe seit 1989/90; diese Prozesse stellen eine der grundlegendsten Veränderung der Transformationszeit dar. Oliver Wurzbacher widmet sich neu entstandenen Vergemeinschaftungsformen und fragt danach, wie die Beschäftigten sozialistischer Betriebe auf das Ende der vormaligen (Arbeits-)Gemeinschaften reagierten und welche neuen Strukturen der Zusammengehörigkeit sie ausbildeten.⁹

In diesen Kontext gehören weitere Projekte, die im Bereich Volkskunde / Kulturanthropologie realisiert werden: Merve Lühr untersucht das „Erinnern an die Arbeit im Kollektiv. Das Brigadeleben in der DDR und seine postsozialistischen Tradierungen“,¹⁰ und Katharina Schuchardt beschäftigt sich mit der „Energie | Wende. Zur Verhandlung von Transformationsprozessen in der deutsch-polnischen Oberlausitz“.¹¹ Claudia Pawlowitsch und Nick Wetschel erarbeiteten einen Forschungsüberblick über Literatur und Quellenlage sowie das Auswertungspotenzial von unterschiedlichen Materialien zum Thema Vertragsarbeiter*innen in der DDR und Transformationszeit.¹² Mit all diesen Arbeiten und Ansätzen möchten wir die bisherigen Schwerpunktsetzungen erweitern um eine Langzeitperspektive, die Entwicklungsprozesse abbildet. Dabei soll eine Subjektperspektive eingenommen werden, die biografische Kontexte fokussiert und eine Verbindung von akteurszentrierten Ansätzen mit gesellschaftlichen Phänomenen herstellt. Weiterhin geht es darum, vorhandene Dichotomien und Stereotype aufzubrechen und, statt Abgrenzungen zu thematisieren, vor allem Überlappungen und Überschneidungen, Gegensätzliches und Widersprüchliches transparent zu machen.

Eingaben. Die Artikulation von Notlagen und Widerspruch sowie des Bedürfnisses nach Anerkennung

Im Rahmen des Projektes „Umbruchserfahrungen. Gesellschaftlicher und biografischer Wandel nach 1989 in Ostdeutschland“ habe ich die Zuschriften analysiert, die an die Sächsische Ministerin für Integration und Gleichstellung gerichtet wurden.¹³ Ihre Re-

9 <https://www.isgv.de/projekte/soziales-erbe-postsozialistische-vereinigungen-ehemaliger-ddr-betriebskollektive-zwischen-traditionalisierung-und-neuer> [Aufruf am 5.5.2020].

10 <https://www.isgv.de/projekte/volkskunde/erinnern-an-die-arbeit-im-kollektiv> [Aufruf am 5.5.2020].

11 <https://www.isgv.de/projekte/volkskunde/energie-wende-zur-verhandlung-von-transformationsprozessen-in-der-deutsch-polnischen-oberlausitz> [Aufruf am 5.5.2020].

12 Siehe den Beitrag von Claudia Pawlowitsch und Nick Wetschel in diesem Band.

13 Ira Spieker, *Es ist noch nicht alles aufgeschrieben, was uns bewegt*. Briefe an die Ministerin als Medium der Auseinandersetzung mit der Nachwendezeit, in: Spieker, *Umbrüche* (wie Anm. 7), S. 13-25. Die folgenden Ausführungen stützen sich auf diesen Beitrag, dem auch weitere Literaturangaben und Belegstellen zu entnehmen sind.

den – z. B. zum politischen Reformationstag der SPD, Auftritte in Talkshows und die Berichterstattung in der Tagespresse – stießen auf große Resonanz. Allein zwischen November 2016 und März 2019 trafen rund eintausend Zuschriften ein. Die Form der Schreiben ist so vielfältig wie die Anliegen und die Lebensumstände ihrer Verfasserinnen und Verfasser. Handgeschriebene Briefe über sieben Seiten finden sich ebenso wie gedruckte Schreiben, die mit dem Computer – oder auch auf einer alten Schreibmaschine – verfasst wurden. Ebenso gibt es kurze E-Mails. Etlichen Schreiben sind Anlagen beigelegt, beispielsweise Zeugnisse und Diplome, die den Bildungsgrad und die berufliche Erfahrung dokumentieren und damit die Schreibenden als kundig und zur Mitsprache berechtigt ausweisen sollen: „Ich denke, dass meine ‚Grütze‘ im Kopf bisher ausreichte (Gott sei Dank!), um die politischen Notwendigkeiten zu verstehen und anzuprangern.“¹⁴

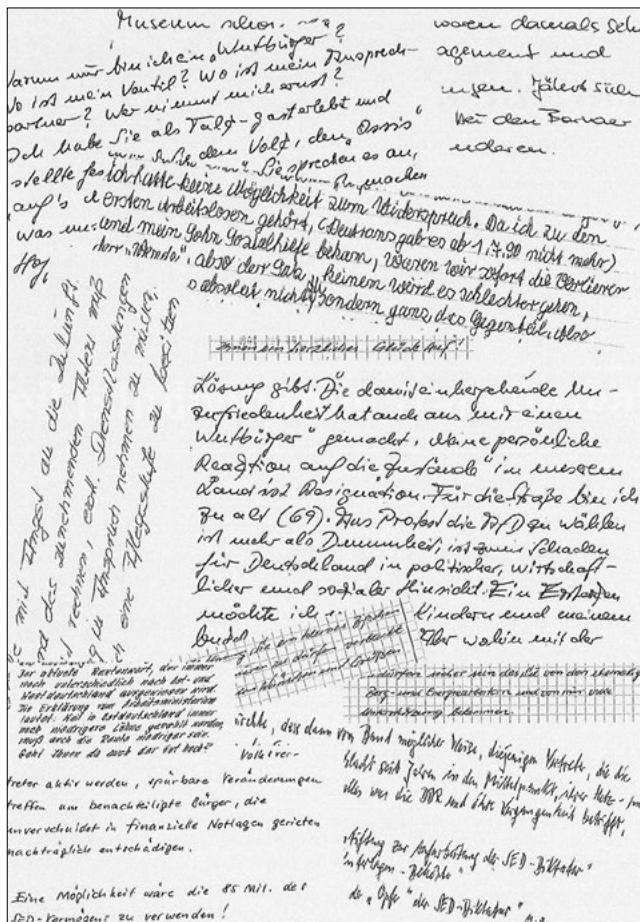


Abb. 1
Montage aus Zuschriften an Ministerin Petra Köpping, 2017/18 (Die Sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration).

14 AZ PE PR-0222.60/38 – vom 8. Sept. 2018.

Schreiben, die an öffentliche Institutionen, an Amts- und Autoritätspersonen gerichtet werden, um Missstände anzuprangern und Veränderungen zu bewirken, haben eine lange historische Tradition. Auch in der DDR war das Recht, sich mit „Vorschlägen, Hinweisen, Anliegen oder Beschwerden an die Volksvertretungen, ihre Abgeordneten oder die staatlichen und wirtschaftlichen Organe“ zu wenden, in der Verfassung verankert. Diese Option wurde rege genutzt – rein rechnerisch wandte sich jeder DDR-Haushalt mindestens einmal mit einem Beschwerdebriefe an Verwaltungen, Medien, staatliche Institutionen oder gesellschaftliche Organisationen. Das Spektrum der Belange ist breit, da nahezu alle Bereiche des öffentlichen Lebens staatlich verwaltet wurden. In Dresden beispielsweise bezogen sich die Eingaben vor allem auf Wohnungsprobleme (die Beschaffung, Ausstattung und die Zuteilungszeiträume), auf Versorgungsengpässe oder mangelhafte Qualität von Waren – auch Nahrungs- und insbesondere Genussmittel.¹⁵



Abb. 2 An Birgit Breuel (Präsidentin der Treuhandanstalt) adressierter Schriftzug auf dem Gelände der stillgelegten Sächsischen Kunstseiden GmbH Pirna, 1995 (SLUB Dresden / Deutsche Fotothek / Regine Richter).

Die Inhalte der ausgewerteten Schreiben lassen sich in ein grobes Raster bringen: Neben (unzureichender) Altersversorgung ist auch erlittenes Unrecht zu DDR-Zeiten ein Thema. Weiterhin steht natürlich die Treuhand im Fokus: als Symbol für die Abwicklung

15 Thomas Kübler, „So wende ich mich mit dieser Eingabe...“. Ein Streifzug durch das Eingabenwesen in den 70er und 80er Jahren in Dresden, in: *Dresdner Geschichtsbuch 12* (2007), S. 250-269.

von Betrieben, Misswirtschaft und vor allem die Auswirkungen der Massenarbeitslosigkeit. Der rasante Übergang von der Planwirtschaft zu Privatisierung und Marktwirtschaft konnte nicht, wie von einigen Politikern erhofft, an die „Erfolgsgeschichte“ des bundesdeutschen Wirtschaftswunders der Nachkriegszeit anknüpfen, zumal die Wirtschaftslage insgesamt in Schieflage geriet. Fast vier Millionen Menschen verloren ihre Arbeit – dieser Einbruch der stabilen Verhältnisse im Erwerbsleben wurde zum alles beherrschenden Ereignis für unzählige Familien. Kombinate mit weitverzweigten Netzwerken an Kultur, Freizeit, Bildungs- und Sozialeinrichtungen waren wichtige Begegnungszentren der sozialistischen Arbeitsgesellschaft. Der Bruch in den Erwerbsbiografien kam daher einem Schock mit Tiefenwirkung gleich – psychisch-emotional sowie ökonomisch. Dem Schreiben an die Ministerin liegt entsprechend häufig eine krisenhafte Zäsurerfahrung zugrunde. Denn eine tiefgreifende Verwerfung wie die

komplette Umwandlung eines Gesellschaftssystems bringt eine Fülle von sozialen Orientierungsproblemen mit sich. Und so bilden Schilderungen von individuellen Schicksalen bei einer Vielzahl von Schreiben eine Art Hintergrundrauschen – begleitet von demütigenden Erfahrungen wie sozialem Abstieg durch Arbeitslosigkeit und mangelnder Anerkennung der eigenen Leistungen. Die große Freude über persönliche und politische Freiheit wurde sukzessive von biografischen Brüchen und Perspektivlosigkeit überschattet. Die Formulierung „Wir haben immer gearbeitet“ findet sich in zahlreichen Schreiben und macht deutlich, wie groß der Verlust und das Gefühl sind, dass diese Leistungen nicht gewürdigt werden.

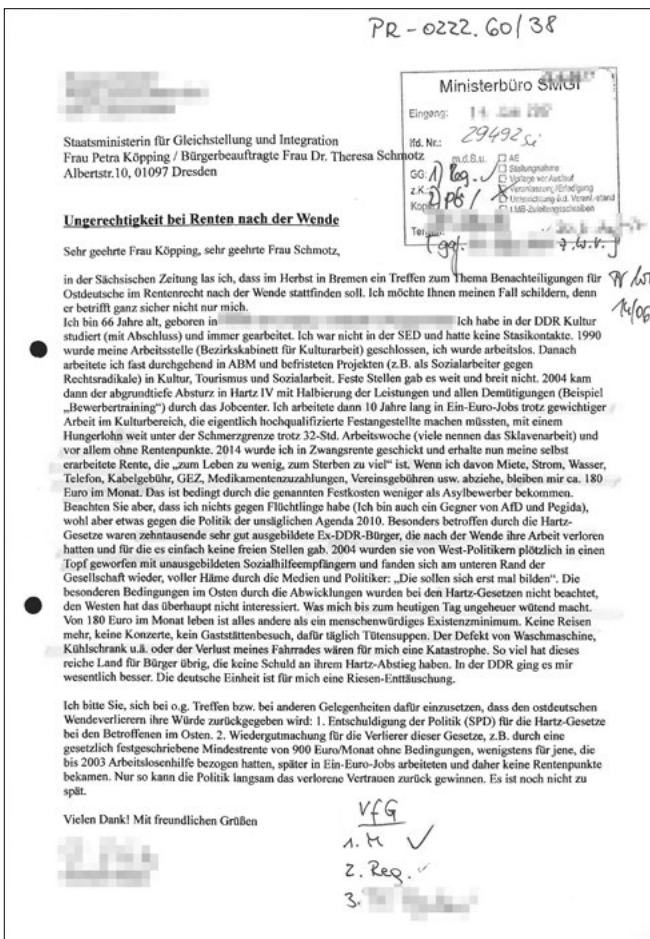


Abb. 3 Schreiben an Ministerin Köpping, 2017 (Die Sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration).

Vorzeitiger Ruhestand, prekäre Beschäftigungsverhältnisse wie ABM und Minijobs machen sich inzwischen auf Rentenbescheiden deutlich bemerkbar. Bereits 1990 gab es Initiativen aus politischen Kreisen und Gewerkschaften aus Ost und West, die auf Chancenungleichheiten im Kontext des Einigungsprozesses hinwiesen und Vorschläge unterbreiteten, um aufgezeigte Benachteiligungen im zweiten Staatsvertrag auszugleichen. Die Problemlagen waren also durchaus bekannt. Nun arbeitet die Zeit gegen diejenigen, die ihre Ansprüche anmelden.

Vor 30 Jahren wurde die ungeliebte Gewissheit des Alltagslebens in der DDR ersetzt durch eine zunächst vielleicht euphorisch begrüßte Ungewissheit. Viele Hoffnungen und Erwartungen haben sich nicht erfüllt; das Gefälle zwischen Ost und West blieb bestehen. Auch drei Jahrzehnte nach der Friedlichen Revolution existiert noch immer ein Ungleichgewicht, vor allem in Bezug auf Führungspositionen und die sogenannten „Eliten“. Unzufriedenheit, Entfremdung und Ablehnung gegenüber gesellschaftlichen Institutionen oder deren Vertreterinnen und Vertreter sind mögliche Konsequenzen dieser Konstellation. Ein Briefautor, der im Alter von über 80 Jahren noch immer für seine Rentenansprüche streitet, beschreibt seine Erfahrungen mit der Gerichtsbarkeit. In diesem Zusammenhang werden Ressentiments deutlich – verknüpft mit der (vermeintlichen) Herkunft der Vorsitzenden Richterin: „Wenn ich mir vorstelle, einer Dame in einer schwarzen Robe, wie ich (und viele Zuhörer) sie z. B. am Sozialgericht erlebte (gesenkter Kopf, so eine Art vermutlich schwäbisches Nuscheln zum Papier, nicht zu den Menschen im Saal hin [...] und zwei stummen Herren zur Seite gegenüber sitze – das will ich mir jetzt ersparen. Da trägt man doch nur die kostbaren Nerven zu Grabe.“¹⁶

Diese Aussage spiegelt Enttäuschungen und Kränkungen wider. Anerkennung basiert neben rechtlicher Legitimation und materiellem Ausgleich auch auf sozialer Wertschätzung und emotionaler Zuwendung.¹⁷ Nur dann können sich Menschen als gleichwertiges Mitglied einer Gemeinschaft verstehen. Andernfalls können die Fehlstellen zu Externalisierungen führen; zu ausgelagerten Erklärungsansätzen und Schuldzuweisungen. Neben Zuschreibungen und Abgrenzungsbestrebungen in Bezug auf *den* Westen, *die* Wessis, sind es längst vor allem *die* „Flüchtlinge“, die partiell verantwortlich gemacht werden für die eigene Situation. Denn in Zeiten existenzieller Unsicherheit und in prekären sozialen Situationen werden Zuwanderungsbewegungen schnell mit sinkenden Aussichten auf eine Verbesserung von Zuständen in Verbindung gebracht.¹⁸

Gerade in Konkurrenzsituationen spielen dann Abwertung und Stigmatisierung eine große Rolle. Die Gruppe mit dem größeren Machtanteil oder den vermeintlich älteren Rechten durch Anciennität – in der Regel die bereits vorhandenen gesellschaftlichen Gruppierungen – definiert sich dann auch in moralischer und sozialer Hinsicht als überlegen und schreibt sich Exklusivität zu. Auch in einigen der eingesehenen Schreiben bricht

16 AZ PE PR-0222.60/19 – vom 14. Jan. 2017.

17 Axel Honneth, Kampf um Anerkennung, Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte, Frankfurt a. M. 1992, S. 211.

18 Vgl. Zygmunt Bauman, Die Angst vor den anderen. Ein Essay über Migration und Panikmache, Frankfurt a. M. 2016, S. 18.

sich Unmut Bahn. Missstände werden benannt und vermeintliche „Beweise“ aneinandergereiht – so wird in der Summe ein Zusammenhang konstruiert, der nicht existiert.

„Wer interessiert sich für unsere Probleme? Niemand! Die Migranten ‚überrennen‘ den Rechtsstaat, die Demokratie, die Behörden, die Gerichte etc. Für sie werden alle Kräfte gebündelt. Sie saugen den Rechtsstaat aus. Sie kommen bereits mit dem Wissen auf ihre Rechtsansprüche ins Land, werden an ‚die Hand genommen‘, untergebracht, versorgt und beraten. Hier werden Ehrenamtler an deren Seite gestellt, um Probleme aus dem Weg zu räumen. Man überläßt sie nicht sich selbst.

Ich wäre dankbar an deren Stelle.

Warum nur bin ich ein ‚Wutbürger‘? Wo ist mein Ventil? Wo ist mein Ansprechpartner? Wer nimmt mich ernst?“¹⁹

Solche Aussagen stellen allerdings die Ausnahme dar. Dieses Beispiel wurde dennoch gewählt, denn hieran lässt sich ein Phänomen ablesen, das die US-amerikanische Soziologin Arlie Russell Hochschild beschrieben hat.²⁰ Hinter allen biografischen Fakten, hinter konkreten Zahlen von Politik und Verwaltung, hinter der Abwicklung von Industrieanlagen liegt eine sogenannte „Tiefengeschichte“: die gefühlte Sicht der Dinge, die Emotionen in Symbolsprache erzählt. Eine solche Tiefengeschichte blendet unter Umständen auch Fakten aus und schränkt das Urteilsvermögen ein. Neben Hoffnung sind es vor allem negative Emotionen wie Angst und Scham, Enttäuschungen und Kränkungen, die handlungsleitend sind. Dann stellt sich auch die Frage: Wer oder was ist „schuld“ an der Situation? Die Strategie, die Vergangenheit zu verklären und die eigene Biografie geschlossener darzustellen, als sie verlaufen ist, wenden nahezu alle Menschen bei ihren Erzählungen an. Geschichten verblassen, überlagern sich oder erstarren oftmals zu Narrativen. Es ist schwierig, alltägliches Leben zu rekonstruieren – selbst, wenn die entsprechende Zeitspanne nicht lange zurückliegt und bestimmte Routinen und Praktiken noch in der Gegenwart präsent sind. Die eigene Geschichte, das gelebte Leben wird schließlich wichtiger als die politischen Bedingungen, unter denen es geführt werden musste. Solche Rechtfertigungsgeschichten haben eine konkrete Funktion: Erlebnisse und Handlungen, die als schmerzhaft, nachteilig und unangenehm erfunden werden, müssen in die eigene Biografie so „eingepasst“ und interpretiert werden, dass sie einen Sinn ergeben und vor sich selbst und anderen schlüssig erklärt werden können.²¹ Diese biografische Konstruktion und Sinnstiftung ist eine der größten Leistungen des menschlichen Bewusstseins.

Nach der Auflösung von Grenzen werden oftmals neue Trennlinien errichtet – so konstatierte auch Konrad Köstlin zehn Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs ein Bedürfnis nach neuen Markierungen und Abgrenzungen wie beispielsweise einen Trend zur Regionalisierung – eine Entwicklung, die sich auch an der „Identitätskampagne“

19 Kein AZ – vom 4. Sept. 2018.

20 Arlie Russell Hochschild, *Fremd in ihrem Land. Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten*, Frankfurt a. M./New York 2017.

21 Albrecht Lehmann, *Rechtfertigungsgeschichten. Über eine Funktion des Erzählens eigener Erlebnisse im Alltag*, in: *Fabula* 21 (1980), S. 56-69.

des Freistaates Sachsen mit der Dachmarke „So geht sächsisch.“ ablesen lässt.²² Lokale Verortung und Regionalkultur dienen als aktuelle Währung im Identitätsdiskurs; die Betonung der Einzigartigkeit und Authentizität einer Region oder Nation ersetzt dann die Staatsgrenzen – obwohl ja auch diese zum Teil wieder sichtbar und spürbar sind. Aber eben nicht für alle. Aktuell ist ein ebenso großes wie überraschendes Interesse an „Heimat“ vor allem in den Geschichtswissenschaften zu konstatieren. In diesem Kontext ist eine diskursive Weitung des Begriffes zentral, um nicht den Verlockungen eines vermeintlich universal gültigen Kanons von Definitionen (Herkunft, Sprache, Brauchhandlungen etc.) zu erliegen und damit essenzialistische Konzepte zu verfestigen.²³ In diesem Kontext bedarf es auch einer Problematisierung des Begriffes der „Integration“, wie ihn Kulturanthropologie und Sozialwissenschaften diskutieren. Denn in seinem üblichen Verwendungskontext kann der Begriff irreführend sein. *Die* Gesellschaft ist kein festes Gebilde, in das alles „Hinzugekommene“ eingepasst werden kann: Integration ist ein gemeinsamer Prozess von allen Beteiligten, die ihre jeweils spezifischen Beiträge leisten und dadurch ein neues Gebilde formen. Denn sonst werden vermeintliche Minderheiten weiterhin als solche definiert und durch dieses „Anderssein“ ausgeschlossen. Die Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft bilden infolgedessen den Maßstab und bestimmen die Perspektive sowie die Kategorien.²⁴ Kollektive Zuschreibungen verschleiern Individualitäten mit all ihren ambivalenten und diversifizierenden Merkmalen. Diese Fehlstelle muss auf dem Weg zu einer gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft gefüllt werden.²⁵ Durch diesen Prozess verändert sich eine Gesellschaft strukturell, bewahrt Vertrautes, muss aber ebenso offen für Neues sein. Das gilt für den Annäherungsprozess von Ost und West, das gilt auch für den Einbezug aller vielfältigen Lebensentwürfe, die heute schon die Gesellschaft ausmachen, und das gilt ebenso für die Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten. Eine gleichberechtigte Teilhabe an allen Bereichen des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens bildet die Voraussetzung dafür. Denn Identitätsbildung und gemeinschaftsbildende Praktiken benötigen Anerkennung; sie setzen Gleichwertigkeit – auch in der Differenz – voraus. „Pluralismus bedeutet auch, Minderheiten und marginalisierte Gruppen mitsamt ihrer Potenziale und ihrer Probleme anzuerkennen. Nicht, um diese zu ignorieren oder zu romantisieren, sondern um sie gemeinsam zu lösen. Weil sie nicht ihre, nicht fremde, nicht externe Probleme sind, sondern unsere Probleme sind.“²⁶

Die Praxis, an die Ministerin zu schreiben, zeugt in jedem Fall von politischem Handeln, von Partizipation und dem Wunsch nach Veränderung. „Erfolg“ ist diesen Eingaben insofern beschieden, als dass sie zunächst einmal wahr- und ernst genommen

22 Der Punkt am Ende der Aussage scheint bereits auf eine allgemeingültige Aussage und Bewertungskriterien zu verweisen und wenig Raum für diskursive Neuverhandlungen zu lassen: <https://www.so-geht-saechsisch.de/> [Aufruf am 5.5.2020].

23 Ein breites Spektrum von Gegenargumenten liefert die ISGV-Publikation Enno Bünz u. a. (Hg.), Sachsen: weltoffen! Mobilität – Fremdheit – Toleranz (Spurensuche. Geschichte und Kultur Sachsens, Bd. 6), Dresden 2016.

24 Kübra Gümüşay, Sprache und Sein, Berlin 2020, S. 53 f.

25 Vgl. Fatma Aydemir/Hengameh Yaghoobifarah (Hg.), Eure Heimat ist unser Albtraum, Berlin 2019.

26 Gümüşay, Sprache (wie Anm. 24), S. 169.

werden. Die Briefinhalte wiederum münden im besten Fall in politische Forderungen, begründen oder verstärken diese. In die Langzeitperspektive müssen jedoch die Auswirkungen weiterer gesellschaftlicher Transformationsprozesse (wie Globalisierung, Digitalisierung, Migration und Klimawandel) einbezogen werden.